



Die Last der Bürokratie

Handwerkstag fordert: Der Abbau der
Vorschriften sollte zu einer Daueraufgabe werden

Blick in die Wirtschaft - Seite 6

WIRTSCHAFT

Bernd Lange und Olaf Lies setzen auf Tempo und Freihandel statt auf Subventionen

Der internationale Handel befindet sich im Umbruch. „Die Vorstellung einer globalen Welt mit offenen Grenzen, die in den 2000ern geherrscht hat, das war ein Traum, eine Illusion“, sagt Bernd Lange. Der Vorsitzende des Handelsausschusses im Europaparlament beobachtet vielmehr eine „fragmentierte Globalisierung“, in der viele unterschiedliche Einzelinteressen aufeinanderprallen. Seit der Corona-Pandemie habe es im weltweiten Handel rund 150 protektionistische Maßnahmen gegeben, berichtet der EU-Parlamentarier aus Hannover. Insbesondere China setze Handel immer häufiger als Waffe ein und strafe unbequeme Staaten wie Litauen oder Australien mit Sanktionen. Auf der anderen Seite der Erde förderten die USA mit dem Inflation-Reduction-Act (IRA) ihre heimische Wirtschaft ohne Rücksicht auf Verluste auch bei ihren Verbündeten. Der US-Bundesstaat Texas etwa rufe derzeit bei vielen europäischen Firmen an, um aktiv für eine Ansiedlung zu werben. Die Amerikaner würden mit viel Fördergeldern, weniger Bürokratie und niedrigeren Energiepreisen locken. „Friend-Shoring“ nennen die Amerikaner ihre neue Außenhandelsstrategie, bei der das Element der Freundschaft allerdings etwas in den Hintergrund gerät. „Eigentlich müsste man sagen: Mit den guten und vertrauenswürdigen Partnern arbeite ich so zusammen, dass ich ihnen nicht den Markt

wegnehme“, merkt der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies beim Diskussionsabend mit dem Titel „Friend-Shoring – Zukunftsmodell der globalen Wirtschaft?“ kritisch an.

In einem sind sich SPD-Politiker und Wirtschaftsvertreter an diesem Abend einig: Europa muss sich etwas einfallen lassen. „Dass man nur mit Freunden Handel treibt – das wird nicht funktionieren“, sagt Moderatorin Prof. Christiane Lemke von der Leibniz-Universität und stellt damit das Prinzip des „Friend-Shoring“ infrage. Diese Aussage bleibt unwidersprochen. Auch Lies und Lange wollen sich bei der Wahl der europäischen Handelspartner keine zu engen Grenzen setzen. „Wir kennen in Deutschland nur ganz oder gar nicht, aber das wird nicht funktionieren“, stellt der Wirtschaftsminister klar und fordert eine Diversifizierung des Außenhandels. „Wir brauchen ein Europa, das in sich geschlossen agiert und Freihandelsabkommen schließt“, sagt Lies.

„Unsere Antwort auf ‚America first‘ kann nicht ‚Europe first‘ sein.“

Bei der Wahl der Handelspartner müssten zwar Standards bei Nachhaltigkeit und Menschenrechten gelten, an der Strategie des „Wandels durch Annäherung“ hält der SPD-Politiker aber weiterhin fest. Globalisierung und Vernetzung würden einen wichtigen Beitrag zur Friedenssicherung leisten. Protektionismus ist auch mit Lange nicht zu machen. „Unsere Antwort auf ‚America first‘ kann nicht ‚Europe first‘ sein“, sagt der EU-Politiker. Statt „Europe first“ fordert er ein schnelles Europa: „Europe fast!“ Das habe allein schon pragmatische Gründe. „Wir werden nicht in einen Subventionswettbewerb einsteigen und ihn auch nicht gewinnen können, wenn wir uns die finanziellen Möglichkeiten der USA anschauen“, stellt Lange klar. Zudem sei der europäische Handel stark diversifiziert und für die Wirtschaft ganz besonders wichtig: Ein Drittel der Wertschöpfung werde durch den Im- und Export von Waren erzeugt. Auch angesichts der hohen Abhängigkeit von Rohstoffen sei Protektionismus der falsche Weg für Europa. Schon jetzt habe die EU insgesamt 50 Handelsabkommen mit 70 Ländern geschlossen, diesen Trend will er fortsetzen. Noch in diesem Jahr sollen Freihandelsabkommen mit Neuseeland, Australien, Mexiko und Chile folgen. Die Republik ganz im Süden Südamerikas sei etwa nicht nur aufgrund seiner Rohstoffvorkommen wie Lithium und Kupfer ein interessanter Handelspartner, sondern auch wegen der günstigen Voraussetzungen für die Produktion von grünem Wasserstoff. Chile habe sowohl sonnenreiche Wüsten wie auch mit dem Kap Hoorn eine windreiche Küste. Weiterhin würden Verhandlungen mit Indonesien und Indien laufen, wobei Lange nur mit dem Inselstaat eine baldige Einigung erwartet. „Indien ist schwierig“, sagt er.

Außerdem tritt Lange für eine Reform der Welthandelsorganisation (WTO) ein, deren Rolle als Streitschlichter bei den Themen Industriepolitik, Nachhaltigkeit und insbesondere Subventionierung er gerne stärken würde. Gleichzeitig kündigt er ein neues EU-Gesetz an, das verhindern soll, dass öffentliche Aufträge an Unternehmen vergeben werden können, sobald „unlautere Subventionen“ im Spiel sind. So sollen ähnliche Fälle wie der Bau der Brücke auf die kroatische Halbinsel Peljesac verhindert werden, bei der ein chinesischer Staatskonzern die europäischen Bieter ausgestochen hatte. Das Mega-Projekt, das über eine halbe Milliarde Euro gekostet hat, wurde mit 357 Millionen Euro

von der EU gefördert. Den Einwand, dass die EU nicht gerade für ihre Geschwindigkeit bekannt ist und im Gegensatz zu China und den USA selten mit einer Stimme auftritt, weist Lange zurück. „Wenn der politische Wille da ist, ist auch der Weg da“, betont der EU-Handelsausschussvorsitzende. Zum Beweis führt er an, dass die EU seit Beginn des Angriffs auf die Ukraine insgesamt 60 Rechtsakte in einer „Wahnsinnschwindigkeit“ verabschiedet habe. Das Einstimmigkeitsprinzip gelte nur bei der Außen- und der Steuerpolitik, betont Lange.

„Wir brauchen eine Taxonomie, die es ermöglicht, dass ich tatsächlich mehr Geld in grüne Industrieanlagen investiere.“

Von den Unternehmern bekommen Lies und Lange an diesem Abend viel Rückenwind. „Mit der gleichen Subventionspolitik mitzumischen, wird nicht gelingen. Da müssen wir andere Mittel dagegensetzen“, bestätigt Continental-Vorstand und Contitech-Chef Philip Nelles. Statt Protektionismus plädiert er für Freihandelsabkommen und auf innereuropäische Kooperationen. „Europa hat es mal geschafft, Airbus als Konkurrenten von Boeing auf die Beine zu stellen. Warum schafft man das nicht auch in anderen Wirtschaftszweigen?“, fragt Nelles. BASF-Managerin Christina Gommlich sieht die EU vor allem regulatorisch unter Wettbewerbsdruck. „Wir brauchen eine Taxonomie, die es ermöglicht, dass ich tatsächlich mehr Geld in grüne Industrieanlagen investiere“, sagt Gommlich und erntet dafür großen Applaus von den Unternehmern im Publikum. Die Handelsexpertin der deutschen American Chamber of Commerce (AmCham) warnt auch davor, dass sich Europa durch seine hohen Standards selbst lähme. Gommlich betont: „Je schwächer wir hier vor Ort werden, desto weniger interessiert es die USA, China, Brasilien und Indien, was wir wollen.“



Olaf Lies (von links), Bernd Lange, Prof. Christiane Lemke, Philip Nelles und Christina Gommlich diskutieren auf Einladung des Industrie-Clubs Hannover über Freihandel und Subventionen.

Umbuchung in der Regierung: Hilfsfonds werden jetzt von den Ressorts verwaltet

Ende November lag ein riesiger Batzen Geld bereit für die Hilfsbedürftigen: 970 Millionen Euro stellte das Land Niedersachsen zur Verfügung, damit Unternehmen, finanzschwachen Bürgern, sozialen Einrichtungen und Krankenhäusern in der Energiekrise geholfen werden konnte. Seit gestern nun, gut drei Monate später, geht die Zuständigkeit für dieses Geld in andere Hände über. Im Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltsplans, den das Kabinett am Dienstag vorgelegt hat, sollen die einzelnen Ministerien diese Sondertöpfe verwalten. Bisher lag alles in der Obhut des Finanzministers. Heißt das nun, dass die Ministerien damit auch die Freiheit haben, das Geld für andere Zwecke auszugeben – zumal etwa der Bedarf nach einem „Härtefallfonds“ deutlich geringer geblieben war als zunächst vermutet? Die Leiterin der Haushaltsabteilung im Finanzministerium, Martina Wethkamp, sieht das nicht so: „Wir übertragen diese Etats einschließlich der Zweckbindung“, betonte sie. Wenn man davon abweichen wolle, reiche eine normale Unterrichtung im Haushaltsausschuss nicht aus. Laut Landeshaushaltsordnung können jedoch innerhalb der Titelgruppen Ausgaben verschoben werden. So hängt alles davon ab, wie konkret die jeweiligen Titelgruppen bezeichnet werden.



Gerald Heere und Martina Wethkamp stellen den Entwurf des zweiten Nachtragshaushaltsplans vor.

Der neue Nachtragsetat, den Finanzminister Gerald Heere (Grüne) gestern vorstellte, enthält zusätzliche Ausgaben von 776 Millionen Euro – davon fließt knapp die Hälfte, das sind 362 Millionen Euro, unter anderem über den Kommunalen Finanzausgleich an die Städte und Gemeinden. Die meisten Ausgaben werden gedeckt durch höhere Umsatzsteueranteile, Einnahmen aus dem Länderfinanzausgleich und 78 Millionen Euro, die aus der Hannoverschen Beteiligungsgesellschaft (HannBG) abgezweigt werden. Ausgegeben wird das Geld für die Ausweitung der Erstaufnahmeplätze für Flüchtlinge von bisher 15.000 auf 20.000, für die Kommunen, die auch für Vorhaltekosten und wie bisher über die Flüchtlingspauschale Erstattungen erhalten, sowie für die Fortsetzung der Sprach-Kindergärten ab Jahresmitte, da der Bund aus der Finanzierung aussteigt. Allein für die Sprach-Kindergärten fließen 12 Millionen Euro. 1,25 Millionen Euro werden ausgegeben, damit ein Konzept für eine Landesliegenschaftsgesellschaft entwickelt werden kann. 22 Millionen Euro fließen für Wohnraumförderung. Es entstehen 44 weitere Plätze im Maßregelvollzug (23 Millionen), ein Dachsanierungsprogramm für Landesgebäude (acht Millionen), eine bessere IT-Ausstattung der Polizei (4,5 Millionen) und ein Schutz-Bekleidungsprogramm für Polizisten (5 Millionen). Für die Jahre 2024 bis 2026 werden 210 Millionen Euro für Klinikneu- und -umbauten zusätzlich eingeplant. Für 48,6 Millionen Euro sollen in einer ersten Stufe

drei Gebäude saniert werden: Das Landesamt für Verbraucherschutz in Lüneburg, die Zentrale Polizeidirektion in Hannover und das Polizeikommissariat in Peine.

Auch ein Zuwachs an 48 neuen Stellen, sogenannten „Vollzeiteinheiten“, ist mit dem Nachtragsetat vorgesehen. Die Hälfte dafür wird für die Landesaufnahmestelle geplant, da mehr Plätze auch mehr Betreuungspersonal erfordern. Acht Stellen gibt es für die Taskforce zur Energiewende, die zur Beschleunigung des Windkraft- und PV-Ausbaus dient. Etwa 15 zusätzliche Mitarbeiter sollen in den Ministerien Platz finden. Hier werden also neue Stellen geschaffen, die vor allem im Wirtschafts-, Umwelt-, Sozial- und Kultusministerium angesiedelt werden. Darunter sind auch zwei Abteilungsleiterstellen (B6). Mit den neuen Stellen wird es möglich, beispielsweise im Kultusministerium einen Stab für Vize-Ministerpräsidentin Julia Hamburg aufzubauen. Dazu müssen nicht die Stabs-Mitarbeiter beansprucht werden, die unter Vorgänger Bernd Althusmann eingestellt wurden. Diese können in ihren bisherigen Positionen bleiben, ihre Stellen würden aber wegfallen, sobald sie aus dem Dienst ausscheiden. Den Plan, anstelle von neuen Kollegen diese Fachleute für neue Aufgaben in der Landesregierung einzusetzen, ist offenbar erfolglos geblieben.

Steuereinnahmen sprudeln heftig: Nach Auskunft von Abteilungsleiterin Wethkamp belaufen sich die Steuermehreinnahmen im Jahr 2022 bisher auf rund eine Milliarde Euro. Wie viel davon am Ende tatsächlich in der Kasse bleibt und später dann in die Rücklage fließen kann, steht noch nicht fest. Auch die erhöhten Ausgaben schlagen weiterhin zu Buche.

Polizeigewerkschaft unzufrieden: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP) kritisiert den Nachtragsetat, da die geforderte Erhöhung der Polizeizulage von monatlich 127 Euro auf mindestens 228 Euro (wie bei der Bundespolizei) nicht kommen sollte. „Nachdem unsere Forderung trotz Zusage im Koalitionsvertrag auch im zweiten Nachtragshaushalt ignoriert wurde, erwarten wir für den Haushalt 2024 einen deutlichen Sprung. Eine sofortige Erhöhung mindestens auf das Niveau der Bundespolizei sowie die Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit sind nach über 20 Jahren Stillstand nicht nur angemessen, sondern dringend erforderlich“, sagt GdP-Landeschef Kevin Komolka.



PODCAST: NIEDERSACHSEN IM BLICK

Warum kommt der Landtag nicht ins Arbeiten?



BLICK IN DIE WIRTSCHAFT

Bürokratie, Fachkräftemangel und Schwarzarbeit fordern Handwerk heraus

Bürokratie, Schwarzarbeit, Fachkräftemangel und gestiegene Kosten machen dem niedersächsischen Handwerk das Leben schwer. Ein Jahr nach dem Kriegsbeginn in der Ukraine haben die Handwerksbetriebe zwischen Harz und Küste in einer Blitzumfrage zwar eine weitgehend positive Lagebewertung abgegeben: 90 Prozent der Betriebe bewerten ihre konjunkturelle Lage zum Jahresbeginn 2023 als „gut“ oder „befriedigend“. Doch die wirtschaftlichen Erwartungen haben sich verdüstert. Der Anteil der Handwerksbetriebe, die mit Sorge in die Zukunft blicken, hat sich fast verdoppelt: 37,4 Prozent der Betriebe erwarten, dass ihre Wirtschaftslage schlechter oder sogar deutlich schlechter wird. Im Vorjahr lag der Anteil der Pessimisten noch bei 20,7 Prozent. Die Gründe für die Unzufriedenheit sind vielfältig.



Ute Schwiegershausen (links), Mike Schneider und Hildegard Sander fordern mehr Unterstützung für Niedersachsens Handwerksbetriebe.

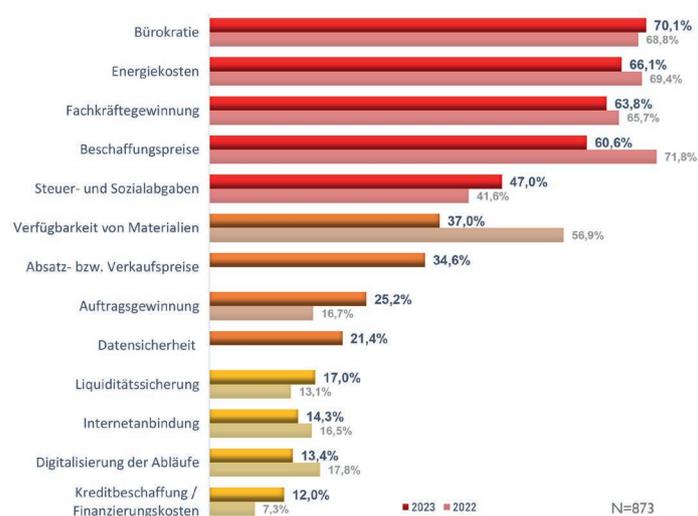
Bürokratie nimmt Überhand: Der Bürokratieabbau kommt in Niedersachsen aus Sicht des Handwerks nicht voran. In der Rangliste der größten Herausforderung wählten die Unternehmen das leidige Dauerthema inzwischen sogar auf Platz eins. 70,1 Prozent der befragten Handwerker stöhnen über den immer größer werdenden Verwaltungsaufwand, der damit sogar die Energiekosten überholt hat. Für Mike Schneider, Präsident des Handwerkstags, kommt das nicht überraschend. Insbesondere das geplante europäische Lieferkettengesetz sehen die Handwerker mit großer Sorge. „Auch kleine Betriebe werden dabei mittelbar einbezogen, wenn sie als Zulieferer für die Großunternehmen arbeiten“, sagt der NHT-Präsident und sieht die Gefahr, dass Dokumentations- und Berichtspflichten „einfach durchgereicht werden“. Der durchschnittliche Handwerksbetrieb habe nur neun Mitarbeiter, die Buchhaltung sei dabei schon häufig ausgelagert. „Wer soll da die Dokumentationspflicht machen?“, fragt Schneider. Als weitere bürokratische Ärgernisse nannte NHT-Hauptgeschäftsführerin Hildegard Sander unter anderem die Vorfälligkeit der Sozialabgaben, die Künstlersozialabgabe und die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung. „Die trifft alle und ist ein Riesenaufwand für den Arbeitgeber“, bestätigte Schneider. Der Unternehmer äußerte sein Unverständnis darüber, dass der Arzt nicht parallel zur Krankenkasse auch den Arbeitgeber über die Krankschreibung informieren dürfe. Dadurch müssten seine Mitarbeiter nun den Krankenkassen hinterher telefonieren und als Gebäudedienstleister habe er es mit sehr vielen unterschiedlichen Krankenversicherungen zu tun. „Was unsere Betriebe beschäftigt ist einfach die Fülle an Aufgaben. Die Masse ist es, die für Verunsicherungen sorgt“, sagte Ute Schwiegershausen, Geschäftsführerin der Unternehmervverbände Handwerk Niedersachsen (UHN). Die Vielzahl der Vorschriften trübe die Freude am Unternehmertum und an der Selbstständigkeit, weil am Ende jemand für die Einhaltung aller Regeln den Kopf hinhalten müsse.

Handwerk fordert Taskforce: Damit der Wust an Vorschriften endlich kleiner wird, fordert der Handwerkstag eine „Taskforce Bürokratievermeidung und -abbau“. Die Ähnlichkeit zur „Taskforce Energiewende“ ist beabsichtigt. Anders als beim Ausbau der Erneuerbaren Energien könne man bei der Bürokratiebekämpfung jedoch auf bestehende Strukturen aufbauen, schließlich sei dazu bereits 2020 eine Clearingstelle eingerichtet worden. Diese hat eigentlich die Aufgabe, alle Gesetzes- und Verordnungsvorhaben darauf zu prüfen, ob sie für kleine und mittlere Unternehmen mit einem vermeidbaren, verwaltungsmäßigen Aufwand verbunden sind. Tatsächlich klappt das aber offenbar in vielen Fällen nicht. „Ein großes Problem ist, dass die Ressorts und Ministerien sich nicht so berufen fühlen, darauf zurückzugreifen. Das macht es schwierig“, bemängelte Schneider. Er fordert, dass der Bürokratie-Check durch die Clearingstelle obligatorisch wird und die Mittel für die unabhängige Stelle entfristet werden. „Wenn es die Landesregierung mit dem Bürokratieabbau wirklich ernst meint, muss sie eine solche Stelle stärken“, ergänzte Sander.

„Nirgendwo ist ein Arbeitsverhältnis so teuer wie in Deutschland.“

Energiepreisbremse greift nicht: Nach den niedersächsischen Industriebetrieben bemängeln nun auch die Handwerksfirmen, dass die Energiepreisbremse in vielen Fällen überhaupt nicht greift. Zwei von drei Handwerkern stöhnen über die gestiegenen Kosten, aber nur drei von zehn Befragten bewerten die Gas- und Strompreisbremse dabei als „zielführend“. Der Rest sieht die Maßnahmen der Bundesregierung kritisch. Die Handwerker bemängeln die zu späte Reaktion, schlechte Kommunikation und das Gefühl einer Gerechtigkeitslücke – insbesondere bei den Betrieben, die auf Heizöl oder Holzpellets gesetzt haben. „Es war daher richtig und wichtig, dass die Landesregierung durch die Wirtschaftshilfe KMU weitere Unterstützungsangebote speziell für kleine und mittlere Betriebe und somit auch für das Handwerk geschaffen hat“, lobte Schneider. Trotzdem reiche das noch nicht aus. Der Handwerkstag erwartet von der Politik eine Entlastungsoffensive. „Der Mittelstandsbauch in der Einkommenssteuer muss abgebaut werden und die Sozialversicherungsbeiträge müssen auf 40 Prozent reduziert werden. Nirgendwo ist ein Arbeitsverhältnis so teuer wie in Deutschland“, kritisierte Schneider.

In welchen Bereichen sehen Sie im I. Halbjahr 2023 die größten Herausforderungen für Ihren Betrieb?



Schwarzarbeit nimmt zu: Der Anstieg des allgemeinen Preislevels führt nach Einschätzung des Handwerkstags zu einem Anstieg der Schattenwirtschaft. Diese illegalen Tätigkeiten würden nicht nur dem Staat Steuer- und Sozialabgaben entziehen, sondern auch dem Handwerk schaden. NHT-Präsident Schneider forderte daher: „Die Anstrengungen zur Schwarzarbeitsbekämpfung müssen wieder intensiviert werden. Hier sprechen wir insbesondere die Kommunen an.“

„Das Handwerk ist doppelt so personalintensiv wie die Industrie. Wir haben keine Roboter.“

Kunden müssen länger warten: Unter den Top drei der größten Herausforderungen rangiert auch weiterhin die Fachkräftegewinnung. 57,1 Prozent der Unternehmen geben an, dass ihre betriebliche Entwicklung vom Personalmangel ausgebremst wird. In drei Viertel der Betriebe müssten sich die Handwerkskunden schon jetzt auf längere Wartezeiten einstellen. „Das Handwerk ist doppelt so personalintensiv wie die Industrie, schließlich haben wir keine Roboter“, sagte Schneider und fordert gezielte Maßnahmen gegen den Fachkräfteengpass. Die Handwerksvertreter sprachen sich für Einführung von Werkunterricht in den Grundschulen sowie eine breitere Berufsorientierung in den weiterführenden Schulen aus, um dem Trend zur Akademisierung entgegenzuwirken. „Ansonsten haben wir irgendwann nur noch Häuptlinge und keine Indianer mehr. Dann ist niemand mehr da, der noch eine Heizung installieren oder ein Brötchen backen kann“, sagte der NHT-Präsident und verwies dabei auch auf die klimarelevanten Berufsgruppen. Dort gelte das Motto: „Ohne Hände, keine Wende.“ Außerdem wiederholte er die Forderung nach einer besseren finanziellen Ausstattung der überbetrieblichen Bildungsstätten: „Die ist von zentraler Bedeutung und muss im Nachtragshaushalt berücksichtigt werden.“ Zumindest die Opposition stärkt dem Handwerk in dieser Frage den Rücken. „Wenn wir modern ausbilden wollen, müssen wir die überbetrieblichen Ausbildungsstätten auch entsprechend ausstatten“, sagte Christian Frölich, der handwerkspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, im Gespräch mit dem Rundblick.

Ärger über GRW-Förderung: Die Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ – besser bekannt als GRW-Förderung – ist eines der wichtigsten Förderinstrumente der regionalen Wirtschaftspolitik. Doch das Bau- und KfW-Gewerbe sowie die Bäcker sind von den GRW-Fördermitteln weitgehend ausgeschlossen. Für die Vertreter des Handwerks ist diese Regelung nicht nachvollziehbar. „Denn wenn der letzte Bäcker oder Fleischer schließt, sterben Orte in ländlichen Räumen, die nicht mehr oder nur schwer wieder revitalisiert werden können“, mahnte Schneider. Der Appell an die Landesregierung lautet daher, die Handwerksbetriebe von der Negativliste für die GRW-Förderung zu streichen. Auch im Wirtschaftsausschuss des Landtags war diese Regelung zuletzt arg umstritten. Sowohl CDU-Mann Frölich als auch die SPD-Landtagsabgeordnete Dörte Liebethuth wunderten sich über eine fehlende „Bäckerförderung“. Laut Wirtschaftsministerium sind Nachbesserungen an der Negativliste nicht ausgeschlossen.



Inan Soylu (v.l.n.r.), Jil Sölter und Adama Mbaye kneten Teig im Amtshaus der Bäckerinnung.

Personen und Positionen



Rolf Reinemann, ehemaliger CDU-Landtagsabgeordneter aus Helmstedt, ist im Alter von 83 Jahren gestorben. Der ehemalige Berufssoldat gehörte dem Landesparlament zwischen 1974 und 1994 an, er war von 1994 bis 1996 auch ehrenamtlicher Landrat des Kreises Helmstedt. Reinemann, der nie um eine klare Position verlegen war, engagierte sich vor allem im Landesverband der CDU-Seniorenunion, außerdem zeitweise an der Spitze des Sozialverbandes VdK. Dort hatte er versucht, die Strukturen zu modernisieren – war aber an Widerständen im Vorstand gescheitert und trat daraufhin zurück. Reinemann war auch in den CDU-Gliederungen stets ein Aktivposten, der mit seinen Ansichten jedoch oft auch Widerspruch hervorrief. Die CDU verliert mit ihm einen überaus stark am Gemeinwesen ausgerichteten Menschen.

Patrick Seegers, Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) im Beamtenbund, hat der Darstellung des Grünen-Landtagsabgeordneten Michael Lühmann widersprochen. Dieser hatte erklärt, bei der Umsetzung des Koalitionsvertrages befinde man sich „in vertrauensvollen Gesprächen mit den Gewerkschaften“. Vorausgegangen war die Forderung aus Reihen der Jungsozialisten und der Grünen, die Kennzeichnungspflicht für Polizeibeamte in Einsätzen einzuführen. Seegers kommentierte Lühmanns Aussage mit den Worten: „Dazu gibt es keine Gesprächsbasis mit der DPoIG.“ Die geplante Kennzeichnungspflicht, die im Koalitionsvertrag notiert worden war, „verkehrt die Probleme und zeigt kollektives Misstrauen gegenüber der Polizei“, fügte Seegers hinzu.

Jens Böther, Landrat von Lüneburg, freut sich über Post aus dem Bundesverkehrsministerium. Der dortige Parlamentarische Staatssekretär Michael Theurer (FDP) hat auf einen Brief von 14 Lüneburger Kommunalpolitikern reagiert und erklärt, dass die Schieneninfrastruktur zwischen Hamburg und Hannover auf jeden Fall weiter ausgebaut werden müsse. Drei Gleise reichten nicht aus, ein viertes müsse kommen. Nach Böthers Darstellung folgt aus dem Briefwechsel auch, dass die besten Voraussetzungen der Wirtschaftlichkeit laut Deutscher Bahn nur bei einer Neubaustrecke entlang der A7 gegeben seien. Sowohl der Ausbau der Bestandsstrecke wie auch ein bestandsnaher Ausbau würden deutlich schlechter abschneiden – das seien Varianten, die ein Durchschneiden des Landkreises Lüneburg erforderlich machen würden. Böther schließt noch mit einem Seitenhieb auf die Befürworter der Alpha-E-Linie: „Einen Konsens zu Alpha-E hat es nie gegeben, das muss auch dem Bund klar werden.“



Jamshid Sharmahd, deutsch-iranischer Staatsbürger aus Hannover, droht im Iran hingerichtet zu werden. Er war 2020 aus Dubai von iranischen Revolutionsgardisten entführt und in den Iran verschleppt worden, wurde dort inhaftiert und gefoltert und am 21. Februar in einem Schauprozess zum Tode verurteilt. Der Flüchtlingsrat Niedersachsen fordert jetzt die Bundesregierung auf, über den symbolischen Akt der Ausweisung von zwei Diplomaten hinaus aktiv zu werden. Die iranischen Revolutionsgarden müssten

auf die EU-Terrorliste gesetzt werden, Wirtschaftsbeziehungen zum Regime in Teheran müssten abgebrochen werden, das Islamische Zentrum in Hamburg müsse geschlossen werden und die aus dem Iran geflüchteten Menschen, die hier leben, müssten besser geschützt werden. „Das Regime wird töten und hinrichten, solange wir weiterhin mit dem Iran ‚business as usual‘ betreiben“, sagt Muzaffer Öztürkilmaz vom Flüchtlingsrat Niedersachsen.



Sarah Saeidy-Nory (44) ist neue Hauptgeschäftsführerin des Arbeitgeberverbandes Chemie-Nord und Geschäftsführerin des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) im Landesverband Nord. Sie folgt auf Jochen Wilkens, der nach 25 Jahren an der Verbandsspitze in den Ruhestand geht. Die promovierte Juristin war vor ihrem Wechsel fast 16 Jahre lang für den Arbeitgeberverband Hessen-Chemie tätig, zuletzt als Geschäftsführerin für Tarif- und Arbeitsmarktpolitik. Für Saeidy-Nory stehen der europäische „Green Deal“, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren und die Energiepolitik ganz oben auf der Tagesordnung. „Damit unsere Mitgliedsunternehmen im

internationalen Wettbewerb auch in Zukunft bestehen können, benötigen sie dringend eine verlässliche Energieversorgung mit wettbewerbsfähigen Energiepreisen“, sagt die neue Chemie-Nord-Hauptgeschäftsführerin. Um die norddeutschen Chemiestandorte zu sichern, fordert sie Investitionsanreize in die Transformation. Viele Unternehmen wünschten sich darüber hinaus verständliche und unbürokratische Tarifregelungen, die ihre wirtschaftliche Lage angemessen berücksichtigen. Zunehmender Kostendruck und ein erheblicher Bürokratieaufwand bei der Umsetzung immer neuer gesetzlicher Anforderungen würden sich direkt auf die Wettbewerbsfähigkeit auswirken.

Bildnachweise

Titelbild: GettyImages/PixelsEffekt; S. 3: Christian Wilhelm Link; S. 4: Klaus Wallbaum; S. 6: Link; S. 7: NHT; S. 8: Link; S. 9: VDK/Peter Himsel, Landkreis Lüneburg; S. 10: VCI

Impressum

HERAUSGEBER

**3QM DREI QUELLEN
MEDIENGRUPPE**

Drei Quellen-Mediengruppe GmbH
Schiffgraben 36, 30175 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 43
Telefax (0511) 13 22 29 58
info@drei-quellen-mediengruppe.de
www.drei-quellen-mediengruppe.de

Geschäftsführung: Dr. Volker Schmidt
Registergericht: Amtsgericht Hannover
Registernummer: HRB 5784

REDAKTION

Dr. Klaus Wallbaum (Chefredakteur
V.i.S.d.P.); Christian Wilhelm Link
(Chefredakteur Wirtschaft); Niklas
Kleinwächter (Chef vom Dienst);
Audrey-Lynn Struck (Redakteurin);
Sina Gartz (Assistenz)

Marktstraße 45, 30159 Hannover
Telefon (0511) 13 22 29 40
Telefax (0511) 13 22 29 59

redaktion@rundblick-niedersachsen.de
www.rundblick-niedersachsen.de

SERVICE FÜR ABONNENTEN

Tomas Lada
Telefon (0511) 13 22 29 55
Telefax (0511) 13 22 29 58
lada@drei-quellen-mediengruppe.de

Bezugspreis ab 37,- Euro pro Monat,
Z.-Nr. H 2871, Erscheinungsweise reg.
5 x wöchentlich